

**Stellungnahme des Bundesverbands Burnout und Depression e.V. (BBuD) zur Gesundheitsministerkonferenz:
Differenzierte Betrachtung statt Stigmatisierung**

Neuss, den 2. Juli 2025

Seht geehrte Damen und Herren.

Gerne möchten wir Sie mit dieser Pressemitteilung über unsere laufende Arbeit zur Entstigmatisierung von Menschen mit Burnout und Depression informieren:

Der Bundesverband Burnout und Depression e.V. (BBuD) nimmt mit großer Besorgnis die Ergebnisse der Gesundheitsministerkonferenz vom 12. Juni 2025 in Weimar zur Kenntnis. Die dort geforderte „stärkere Vernetzung von Betreuungsstrukturen und mehr Zusammenarbeit zwischen Gesundheits- und Sicherheitsbehörden“ zum Schutz vor Gewalttaten psychisch kranker Menschen bedarf einer differenzierten Betrachtung.

Als bundesweite Selbsthilfeorganisation mit über zehn Jahren Erfahrung wissen wir: Die überwiegende Mehrheit der Menschen mit psychischen Erkrankungen stellt keine Gefahr für die Gesellschaft dar. Wissenschaftliche Erkenntnisse zeigen klar, dass deutlich mehr Gewalttaten von Menschen ohne psychische Erkrankungen begangen werden. Die Deutsche Gesellschaft für Psychiatrie und Psychotherapie, Psychosomatik und Nervenheilkunde (DGPPN) betont: „Psychisch kranke Menschen sind als Gesamtgruppe nicht gewalttätiger als Menschen ohne psychische Erkrankungen.“

Konkrete Zahlen belegen: Während etwa zwei Prozent der Allgemeinbevölkerung zu Gewalttaten neigen, liegt dieser Wert bei Menschen mit psychischen Erkrankungen bei vier Prozent. Das bedeutet: 96 Prozent aller Menschen mit psychischen Erkrankungen leben gewaltfrei. Angesichts der Tatsache, dass jährlich etwa ein Drittel der Bevölkerung von einer psychischen Störung betroffen ist, wird deutlich, dass die absolute Zahl der von psychisch gesunden Menschen verübten Gewalttaten weit höher ist.

Konstruktive Lösungen statt Stigmatisierung

Der BBuD lehnt die Einrichtung eines Registers für psychisch kranke Menschen, wie aktuell diskutiert, entschieden ab. Ein solches Register wäre nicht nur stigmatisierend, sondern auch kontraproduktiv für die Gewaltprävention. Vielmehr braucht es frühzeitige, koordinierte und intensive Hilfen für Menschen mit psychischen Erkrankungen, wie es auch die DGPPN empfiehlt.

Unser Vorsitzender Thomas Kölblin-Herzig betont: „Wir erinnern uns als Selbsthilfeverband an Zeiten, in denen Menschen mit psychischen Erkrankungen

ausgegrenzt und stigmatisiert wurden. Die Vorstellung, dass sensible Daten in falsche Hände geraten könnten, ist erschreckend. Gerade mit Blick auf aktuelle politische Entwicklungen weltweit dürfen wir solche Fehler nicht wiederholen.“

Der BBuD fordert daher:

- Ausbau niedrigschwelliger Präventionsangebote, wie sie bereits in einigen Bundesländern existieren
- Verbesserung der ambulanten Versorgungsstrukturen
- Entstigmatisierung psychischer Erkrankungen, um Behandlungsbarrieren abzubauen
- Differenzierte mediale Berichterstattung ohne vorschnelle Zuschreibungen

Wir stehen für eine Gesellschaft, in der Menschen mit psychischen Erkrankungen unterstützt und nicht ausgegrenzt werden.

Kontakt:

Bundesverband Burnout und Depression e.V.

Kanalstr. 57, 41460 Neuss

E-Mail: info@bbud.info

Die PM steht außerdem hier zum Download bereit:

Pressemitteilung im Word-Format

Pressemitteilung im PDF-Form

Weitere Informationen und das kostenlose Beratungsangebot des BBuD e.V. finden sich auf www.bbud.info.

Gerne können Sie unsere Mail auch an interessierte Personen weiterleiten.

Herzliche Grüße

Presseteam | Bundesverband Burnout und Depression e.V.